

Betreff:

Kürzungen im sozialen Bereich (SPD)

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat der Stadt Wiesbaden wird gebeten, bei den geplanten Kürzungen im sozialen Bereich nicht nach dem Gießkannenprinzip vorzugehen, sondern die jeweiligen Sozialindizes der Stadtteile sowie die sozialen Bedarfe der potenziell betroffenen Menschen zu berücksichtigen.

Begründung

Durch den Wiesbadener Kurier hat der Ortsbeirat Erbenheim von den geplanten jährlichen Kürzungen in Höhe von ca. 25 Millionen Euro im Dezernat für Soziales, Bildung, Wohnung und Integration erfahren. Unter anderem sollen zukünftig Hortplätze für 750 Euro monatlich statt für 170 Euro angeboten werden. Auch die Kosten für die Grundschulkinderbetreuung sollen von bisher 170 Euro auf 370 Euro monatliche erhöht werden, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Mit Hilfe der Hortplätze sowie der Grundschulbetreuung kommt die Stadt Wiesbaden der im Hessischen Schulgesetz § 15 definierten Pflichtaufgabe der Kommune nach. Durch solche Betreuungsangebote ist es Frauen und dabei vor allem der Gruppe der alleinerziehenden Mütter möglich, einer Berufstätigkeit und gleichzeitig ihren Familienaufgaben nachzukommen. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels aus arbeitsmarktpolitischen Gründen bedeutsam. Zudem wird auf diese Weise verhindert, dass Alleinerziehende in die Grundsicherung rutschen. Aktuell sind im Ortsbezirk Erbenheim 5,2 Prozent der Frauen mit Kindern alleinerziehend. Der Anteil der Alleinerziehenden liegt damit 1,0 Prozentpunkt über dem Durchschnitt von Wiesbaden. Darüber hinaus gewährleisteten außerschulische Betreuungsmaßnahmen eine gezielte Förderung von sozial benachteiligten Schüler:innen, deren Eltern in der Regel die Gebühren von 750 Euro monatlich nicht gezahlt werden können. Insbesondere im Hochfeld lag die Kinderarmutsquoten im Jahr 2022 auf Platz 4. Gerade in diesem regionalen Bereich von Erbenheim wirken Unterstützungsangebote wie z.B. das Kinder-Eltern-Zentrum oder das Jugendzentrum Erbenheim stabilisierend. Es sollte daher davon abgesehen werden, bei diesen Einrichtungen ebenfalls Kürzungen vorzunehmen. Abschließend sei auch noch auf die Situation in den zwei Gemeinschaftsunterkünften in der Berliner Straße sowie im Kreuzberger Ring verwiesen, in denen aktuell insgesamt ca. 350 Menschen leben. In den letzten Jahren gab es dort regelmäßig Schwierigkeiten, die zu sozialen Spannungen führten. Erst in diesem Jahr gelang es durch die engagierte Arbeit der Sozialarbeiter:innen vor Ort, die Abläufe in den Unterkünften klar zu strukturieren und damit verbunden für ein besseres Miteinander zu sorgen. Durch die uns bekannt gewordene geplante Reduzierung des Personals in den Flüchtlingsunterkünften werden diese positiven Entwicklungen gestoppt und damit die Lebenssituation der dort lebenden Menschen erheblich verschlechtert, was erheblich mehr Konflikte in der Unterkunft zur Folge hätte.

Wiesbaden, 03.07.2023

Glück
Stv. Fraktionssprecherin